

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch  
die Post bezogen 1 M.  
Gingetragen in die Post-  
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlungs- und  
Geschäftsstellen-Anzeigen die  
gepachtete Kolonie-Zeile  
50 J.  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wey.

Druck von G. L. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.

Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech.-Anschrift 8002.

### „Liebesgaben“.

Zu der letzten Zeit häufen sich die Alizeichen dafür, daß die Unternehmer in ihrer Mehrheit nicht gewillt sind, den Kampf gegen die Arbeiter und ihre Vertretung, die Gewerkschaften, nach diesem Kriege in andern Formen oder mit andern Mitteln zu führen als vorher. Dass die Presse der Unternehmer allgemein den alten Ton wieder findet, haben wir erst in Nr. 2 des „Proletariers“ ausführlich dargestellt. In derselben Nummer konnten wir auch für die nicht mehr ganz neue Erfahrung, daß die Unternehmer der Großindustrie ihre Haltung den Gewerkschaften gegenüber nicht geändert, ihren Herrn-im-Hause-Standpunkt nicht aufgegeben haben, einige neue Belege anführen. Heute müssen wir eine andre Methode der Unternehmer, für den kommenden Kampf gegen die Gewerkschaften Vorsorge zu treffen, beleuchten.

Es ist bekannt, daß manche Unternehmer den Arbeitern, die bei ihnen beschäftigt waren, Liebesgaben ins Feld nachsenden. Das ist an sich ein lästiges Tun. Wir sind allerdings nicht der Meinung, daß man den Unternehmern dafür Vorverstände widerneuen möge. Die Arbeiter, die jetzt draußen im Felde Gesundheit und Leben einsetzen, haben gar keine Dankesschuld abzutragen an diejenigen, die ihnen aus ihrem Überfluss einiges zur Linderung der Entbehrungen und Strapazen zulassen lassen. Vielmehr stellt selbst die weitestgehende Fürsorge für die Kriegsteilnehmer immer nur einen Versuch dar, einen Teil der Dankesschuld zu erstatte, die unsre im Felde kämpfenden Brüder bei denen einzufordern haben, die sich daheim des ungestörten Besitzes ihrer Güter erfreuen können. Diese Tatfrage wollen wir nicht vertuschen lassen. Das hindert uns natürlich nicht, denen unsre Anerkennung zu zollen, die sich ihrer Dankspflicht bewußt sind und die wenigstens ernstlich den Versuch machen, einen Teil davon abzutragen.

Es ist heute notwendig, an diese Sachlage zu erinnern, weil manche Unternehmer mit ihren Sendungen an eingezogene Arbeitern gewisse Nebenzwecke verfolgen. Schon mehrfach wurde uns mitgeteilt, daß den Liebesgaben, die von Unternehmern gespendet werden, ein unter ganz bestimmten Ge-

meinender Gesinnung kommt. Und auch aus andern Erwägungen heraus ist es nicht ganz unwichtig, zu wissen, daß hinter dem fast nüchternen F. H. Schütz der durchaus nicht unbekannte katholische Prälat und Gymnasialprofessor a. D. Jakob Hubert Schütz, Verfasser zahlreicher geistlicher und weltlicher Schriften, verborgen wird.

Die Hauptstrophe dieses Herrn lag allerdings bisher in der rein religiösen Literatur. Er hat ein „Handbuch der Marienverehrung“, ein Buch über „Die Geschichte des Rosenkranzes“, ein andres über „Die Bedeutung der Seitenwunde Jesu“ und ähnliche Schriften, mehr verfaßt. Auch als Dramatiker hat er sich bemüht. Er hat Bühnenstücke für Töchterpersönlichkeit geschaffen, deren eines einmal irrtümlich auf Schiller zurückgeführt wurde; nicht des Inhalts wegen, sondern weil es den Titel „Die Räuber“ führte; allerdings mit der bei Schiller fehlenden Ergänzung: „oder Gottes Wege sind wunderbar.“ Auch als Politiker hat der Herr Professor sich wiederholt versucht. In manchen Schriften ist er energisch für die Vergrößerung der deutschen Flotte eingetreten; auch über Kolonien hat er ein Werk verfaßt. Auf seinem eigenen Gebiet, dem der Pädagogik, hat er auch nicht unfruchtbare schriftstellerisch gewirkt. Endlich hat er auch einige sozialpolitische Werke verfaßt. Vor etwa zehn Jahren ist von ihm ein sehr umfangreiches zweibändiges Werk erschienen unter dem Titel: „Praktische Sozialpolitik“. Es ist sehr schön ausgestattet und sehr teuer. (Der Band kostet 30 Mk., das ganze Werk also 60 Mk.) Leider können wir nicht sagen, daß der Inhalt des Werkes den Umfang oder die Ausstattung, noch gar den Preis rechtfertigt. In der maßgebenden sozialpolitischen Literatur wird das Werk mit jenem Schweigen übergangen, das als die herkömmliche Form der Kritik gilt.

Bedenfalls ist aber Herr Professor Schütz einer der weitestgehenden und fruchtbaren Schriftsteller des Katholizismus. Um so bestremender ist es natürlich, daß jetzt eine Schrift von ihm verbreitet wird mit dem deutlich erkennbaren Bestreben, den hohen geistlichen Herrn nicht hervortreten zu lassen. Untersuchen wir deshalb kurz, ob vielleicht der Inhalt und der Zweck der Schrift diese Zurückhaltung rechtfertigen oder gar fordern.

In einem Vorwort betont der Verfasser, daß „gegenseitiges Einvernehmen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ vor dem Kriege eines der Hauptprobleme im Deutschen Reich gewesen sei. Nach diesem Kriege werde aber dieses Problem direkt entdeckt und für den Fortschritt der deutschen Industrie und der Arbeiterschaftsfahrt. Er will also „unabhängig von irgend jemand, lediglich als Sohn des Volkes, als warmer Vaterlandstreund, als Sozialpolitiker, der das Erreichbare zu erreichen trachtet“, an der Lösung dieses Problems dadurch arbeiten, daß er „den tapferen Männern mit der schwieligen Arbeitshand und den weitschauenden Industriellen“ ins Gewissen redet. Die gute Absicht, die in solchen Worten liegt, wird gewiß auch der würdigen, der da meint, daß Ermahnungen und Predigten zur Lösung des entscheidenden Zukunftproblems wenig beitragen. Leider werden aber diese Ermahnungen und Vorwürfe so ungleich verfaßt, daß man nicht nur die guten Erfolge, sondern sogar die guten Absichten anzweifeln muß. Einleitend wird zwar halb zugegeben, daß „auf Seiten der Arbeitgeber manchmal das Verständnis oder der gute Will zum Verständnis für die Situation des andern Teils fehlt“, entschuldigend wird jedoch gleich hinzugefügt, daß den Unternehmern dieses Verständnis eben „außerordentlich erüchtigt“ wurde, „sobald die Organisationen der Arbeitnehmer in die Verhandlungen hineinspielen“. Diesem verdeckten Angriff auf die Organisationen folgt ein offener auf die Organisationsbeamten. Es heißt, die Stellung der Organisationsvertreter sei „nur aus Motiven zu erklären, die mich in ganz frei von Eigenart waren“. Auch deutlicher geht es dann weiter: „Man kam immer mehr zu der Überzeugung, daß diese Organisationsbeamten den Teil trieben, um die Existenzberechtigung der Organisationen und damit ihrer eigenen Position zu beweisen.“ Wir wissen nicht, ob der Herr Gymnasialprofessor jemals einer Verhandlung zwischen Unternehmern und Organisationsvertretern beigewohnt hat, bezweifeln es aber. Wenn aber doch, so könnte es höchstens bei den christlichen Gewerkschaftsvertretern der Fall gewesen sein, denn Vertreter der freien Gewerkschaften pflegen ihre Angelegenheiten ohne den Beistand katholischer Bündenträger zu erledigen. Auf jeden Fall wäre es interessant, zu erfahren, wo der Herr sein Wissen von Dingen, die ihm fern liegen, gesammelt hat. Wahrscheinlich weiß er aus eigener Erfahrung gar nichts. Er verweist vielleicht, was er hier und da gelesen oder gehört hat, in seinem Sinne und nach seinem Geschmack und verzerrt dann ehrbar-vertraulich: „Hand aufs Herz, so war es!“ Nein, so war es eben nicht! Hundert- und überhunderttausend- und übertausendmal haben vielmehr die Arbeitervertreter den Vorwurf von den Mitgliedern hinnehmen müssen, daß sie nicht genug gefordert, nicht genug energisch genug „den Teil getrieben“ haben, nicht fest genug auf jedem Posten gehangen haben. immer und immer wieder haben die Vertreter der Organisationen die Arbeiter darauf hingewiesen, daß man selbst notwendige und berechtigte Forderungen zurückstellen müsse, wenn sie nicht erreichbar, nicht durchführbar sind. Die Unternehmer aber haben sehr oft den berechtigten Forderungen der Arbeiter auch dann den schärfsten Widerstand entgegengesetzt, wenn ihnen die Erfüllung ohne weiteres möglich war. So war es und nicht anders!

Der Versuch, den hohen geistlichen Bündenträger der katholischen Kirche in einem simplen F. H. Schütz zu verwandeln — auch der Professor fühlt auf dem Titelblatt — veranlaßt uns, den Verfasser etwas in das Licht zu rücken; nicht, als ob wir seine Person oder seine Tätigkeit irgendwie herabsehen wollten — das liegt uns fern. Wir nehmen vielmehr gern an, daß er auf seine Weise bemüht ist, daß Wohl der Arbeiter zu fördern. Doch daraus kommt es nicht an. Wenn die Arbeiter — unter Umständen, die nicht ganz unverständlich sind — mit Ratschlägen und Ermahnungen überchwemmt werden, haben sie ein gewiss Recht darauf, zu wissen, woher denn nun eigentlich diese Sturmflut wohl-

Mit dieser Feststellung ist aber eigentlich die ganze Schrift des geistlichen Herrn erledigt; denn sein Versuch, ein besseres Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern nach dem Kriege zu schaffen, stützt sich auf die Annahme, daß die Arbeiter und ihre Vertreter, die früher zuviel und zu energisch gefordert haben, nach diesem Kriege die „gerechten Ansprüche der Gegenseite“ mehr beachten werden. Denn, so versichert uns der Verfasser, dieser Krieg hat nicht nur „die Menschenherzen geläutert“, daß sie „weich und warm geworden wie Bachs“, er hat auch Tausende, „deren Kopf früher angefüllt war mit Phrasen und Vorurteilen, die in jedem, der nicht Arbeiter war, den persönlichen und klassenfeind witterten“, davon überzeugt, daß sie die Kapitalisten ganz falsch eingeschätzt haben. Denn: „Der Kapitalismus hat in diesem Kriege sich doch von einer ganz andern Seite gezeigt, als manche Broschüre ihn früher ausgemalt; die „Schlobarone“, die Kommerzienträte, die Adeligen, die Fürsten und ihre Söhne waren in Not und Tod der grimmigen Schlachten die ersten auf dem Platz. Der Großindustrielle, der Direktor, der Meister, die im feindlichen Augenblick ihren Arbeitern vorangingen, oder die ungezählte Summen zur Linderung der Wunden hergaben, die ihre Bitten in Lazarette verwandelten und deren Frauen und Töchter nicht müde wurden, Tag und Nacht, am Krankenbett und im Feldlazarett, im Wohlfahrtsdienst und auf den Bahnhöfen für alle Krieger zu sorgen, wie auch für deren Familien“ werden, so meint der Verfasser, von den Arbeitern ganz anders eingeschätzt werden, nämlich „mit Anerkennung, Rührung und manhaftem Dank“.

Es mag für heute genügen, hierzu zu sagen, daß das Gericht des Kapitalismus durch solche Dinge selbst dann nicht verändert wird, wenn der Herr Professor mit seinen tatsächlichen Behauptungen in allen Teilen recht hat. Was aber die Anerkennung und den Dank betrifft, so können wir nur noch einmal darauf hinweisen, daß die Pflicht, zu danken, nicht bei denen liegt, die mit ihrem Leben und ihrem Blut ihr Vaterland beschützen. Und schließlich verdienen die Frauen und Töchter der Besitzenden, bei aller Anerkennung ihres guten Willens, nicht mehr Dank als die Frauen und Kinder der Arbeiterklasse, die sich unter harter seelischer Qualen und materiellen Entbehrungen durchschleppen, die mit eisernem Willen den Kampf ums Dasein aufgenommen haben, die keine Arbeit scheuen und keiner Gefahr aus dem Wege gehen, die ihren Kindern den Vater und der Industrie den Arbeiter erlegen, die ihre Jugend und ihre Gesundheit auf dem Altar des Vaterlandes opfern müssen.

Doch nicht nur Dank heißt der Herr Prälat, sondern mehr. Der Krieg bringt die Industrie in gewisse Schwierigkeiten. Die Unternehmer haben Rücksicht und Einbußen aller Art. Deshalb müssen die Arbeiter jetzt den Unternehmern nicht häufig fallen mit Forderungen. Es liegt somit klar zutage, daß die Arbeitgeber jetzt wirklich nicht imstande wären „über das äußerst notwendige hinauszugehen“, heißt es auf Seite 8 und auf der nächsten Seite zur Verstärkung noch einmal: „Für jeden, der nur eingerahmt zu denken versteht, ist es klar, daß jetzt Maßnahmen im Forderen und Bewilligen der Weisheit höchstens Schluß ist.“ Daß die Arbeiter nicht aus purem Leidenschaft fordern, sondern durch die geradezu wohnsame Belehrung aller Lebensgüter dazu getrieben werden, scheint dem Verfasser nicht ganz unbekannt zu sein. Er meint aber, es „bedeutet jeder Arbeitgeber“, daß die Löhne „entsprechend und unter Berücksichtigung der gegebenen Möglichkeiten festgesetzt werden müssen“. Womit natürlich gar nichts gesagt ist. Nebenbei wird der Verfasser merkwürdig unbestimmt, wenn er einmal auf die Pflichten der Unternehmer zu sprechen kommt.

Auch nach dem Kriege wird die Arbeiterschaft nicht „in kroßster Weise die Rechnung ihren Arbeitgebern bzw. dem Reich präsentieren“. Das wäre ehrlös und würde zum Rücken führen. Die Unternehmer aber werden „in gewissenhafter und ironisch ausdrücklicher Weise ein Entgegenkommen auf dem Gedanke des Lohnwesens, der Arbeitsdauer, Schulungen usw. vornehmen, wie sie den Zuständen und Ansprüchen und Erfüllungen in möglichkeiten der Gegenwart und nächsten Zukunft entspricht“. Das braucht übrigens, so wird versichert, nicht immer in barem Geld zu geschehen. Vielmehr muß „etwas mehr Wärme und Liebe in die Arbeitsstätten, in die Fabriken, in die Anlagen“. Mit der Lohnhöhe muß der Geschäftsführer einmal vor jedem Herzen darreiten. Dann gibt er hundertfach, heißt es. Leider können die Arbeiter ihre Bedürfnisse nur gegen bar und nicht gegen Abrechnungen auf das gute Herz der Unternehmer deuten. Deshalb werden sie vorausichtlich auch in Zukunft mehr auf den rein materiellen Inhalt der Lohnhöhe sehen müssen als auf das gute Herz des Unternehmers.

Dem Herrn Professor ist es natürlich nicht unbekannt, daß zahlreiche Unternehmer auch in der Kriegszeit riesige Gewinne erzielen und daß andre auch nach diesem Kriege wieder Geld anhäufen werden, daß also der Hinweis auf die schlechte Lage der Industrie immer nur für einen Bruchteil davon Geltung haben kann. Aber auch bei den reichen Gewinnen Abwehrden findet er Gründe für die Möglichkeit — der Arbeiter. Er meint, die Industrie muß sich ausdehnen. Dazu braucht sie Kapitalien. Diese müssen herausgewirtschaftet werden. Also dürfen „einweg die nächsten Bahnen des Reingewinns, den die Industrie in günstigeren Zeiten erwirtschaftet, einen Maßstab für die Arbeiterschaft dienen, was der einzelne Arbeiter nun an Lohn mehr fordern

kann". Unsere Industrie muß „immer ungezählte Millionen, ja Milliarden im Rücken oder gar flüssig haben“, deshalb werden die Arbeiter „ich nicht vorreden lassen, über die Riesenwerke, die manche Industriellen im Krieg erzielt haben“. Die Arbeiter sollen sich auch nicht „auf die Idee vom schnellen Reichtum machen lassen“; denn es kann ja nicht „jeder Mensch Kommerzienrat oder gar Millionär“ werden, und überdies würden „sich die meisten sogar todunglücklich dabei (nämlich beim Reichsverdienst) fühlen“. So meint wenigstens der Herr Prälat.

Es ist fast überflüssig, zu versichern, daß der Versuch des Herrn, die Anspruchslosigkeit der Arbeiter und die Riesengewinne der Unternehmer als volkswirtschaftliche Notwendigkeiten hinzustellen, nicht nur den Kapitalisten auf den Leib geschossen ist, sondern den geistlichen Herrn auch zu den ganz alten Vätern hütter Kapitalistischer Organisationsfeinde geführt hat. Schon vor 20 und mehr Jahren haben sich Unternehmer, Professoren und Prälaten um den Nachweis bemüht, daß hohe Löhne die industrielle Entwicklung hemmen und damit letzten Endes auch den Arbeitern schaden. Die Arbeiter haben auf die Weisheit gepfiffen, richtigiger, sie haben darauf erwidert, daß die industrielle Entwicklung zunächst abhängig ist von einer faulkräftigen Bevölkerung und daß hohe Löhne die Faulkraft erhöhen, damit den Abfall der Industrie fördern und ihre Ausdehnung herbeiführen. Und die Erfahrung hat gezeigt, daß die Industrie sich am besten da entwickelt, wo sie die Arbeiterschaft gut entlohnt, und am schlechtesten da, wo die Löhne niedrig sind. In China arbeiten die Kulis um einen Pappenhälfte, und eine Industrie kommt dort nicht hoch; in Russland sind die Löhne spott niedrig, in Amerika sind sie sehr hoch — die Industrie entwickelt sich in Russland viel langsamer als in Amerika.

Doch das sind Selbstverständlichkeiten, die sich jeder denkende Arbeiter fast an den Schuhsohlen abgelaufen hat. Um so bedauerlicher ist es, daß derlei abgetragenes Zeug als neue Weisheit und höchste Weisheit in die Schützengräben geschnitten wird.

Den Zweck der Nahrung liegen die letzten Seiten der Schrift klar erkennen. Nachdem den Arbeitern immer und immer wieder versichert ist, daß sie nicht zuletzt vom Unternehmer fordern dürfen, daß sie Rückicht nehmen müssen auf die schwierige Lage der Unternehmer und auf die Notwendigkeit der Kapitalisten, schnell reich zu werden, wird ihnen das Glück der Zufriedenheit gezeigt. Diese glückliche Zufriedenheit herzurufen, ist nach dem Besucher — eine Aufgabe der Arbeiterorganisationen. Wörtlich schreibt er:

„Da wir die zufriedenen Menschen glücklich sind, so würden alle Organisationen sich ein hohes Verdienst nach dem Kriege um die Arbeiter euerwerben, wenn sie zwar deren Rechte und Worte wahrnehmen, aber auch ihnen peinlich die Zufriedenheit hoch halten.“

Sie verkennt nicht, daß die Zufriedenheit eine Veräußerung eines wirtschaftlichen Glückgefühls ist; aber nur dann und insoweit, als sie die Gemüthsregung über den Erfolg der eigenen Arbeit, Ruhm und Beprobungen ausdrückt. Diese Zufriedenheit ist nicht immer nur teleologisch, immer nur die Vorzeile neuer Zufriedenheit, d. h. die Freiheit zu neuer Arbeit, neuen Erfahrungen, neuem Streben. Diese Zufriedenheit meint aber auch den Herrn Prälat nicht. Er will die absolute Zufriedenheit des Arbeiters mit dem, was er hat oder bekommt. Das Streben nach höherem Lohn, nach längerer Arbeitszeit, nach einem höheren Anteil an den Gütern des Lebens ist ihm der Ausdruck einer verderblichen Unzufriedenheit.

Gegen diese Unzufriedenheit sollen die Organisationen antreten. Manche tun das heute schon; so die Gewerkschaften und die Katholischen Fachabteilungen für die Ziele und die Arbeit dieser Arbeiter. Organisationen wird der Herr Prälat nicht. Er will die absolute Zufriedenheit des Arbeiters mit dem, was er hat oder bekommt. Das Streben nach höherem Lohn, nach längerer Arbeitszeit, nach einem höheren Anteil an den Gütern des Lebens ist ihm der Ausdruck einer verderblichen Unzufriedenheit. Sie auch mit Erfolg, daß sie eine andere Art. Die neuen Feldgruppen werden die Absicht des geistlichen Herrn trotz der hohen Frage geistlichen Verfallens wettern, und werden darüber verhandeln sein, trotz der materiellen Belägen, die die schwangere Arbeitsbeschaffung begleiten. Die Bibel erzählt zwar, daß Gott kein Erbgeburtstrekt vor ein Kindergarten verfügt, aber inzwischen sind die Menschen klüger geworden. Die im katholischen Kampf gekämpften und gekämpften Männer, die jetzt sterben in Deutschland Tag um Tag ihr Leben einzutragen, verzögern ihre Heimkehrung nicht um eine Sekunde oder ein Jahr. Wahrhaftig: die große Mehrzahl derjenigen Männer, die ihren Arbeitern im Felde einen zur Orientierung ihrer Tage ferten, verzögert jede Heimkehrungssperre. Aber auch die wenigen, die sich von jungen Mägeln ihren Erfolg überreden, müssen davon erinnert werden, daß ihr Verhalten der Tod in der Luft lebt, erfaßt keine Ecke mehr.

## Nachdenkliche Betrachtungen.

„Arbeiter Tageszeit“ hat Dr. Hans Wenz in einer Schriftseite über Erfahrungen und Erwartungen berichtet, die er bei einer längeren Zeit durch die gegen Frankreich im Krieg befindlichen Länder gewonnen hat. Die Mittel seines Licht sind Sehnsucht und Zorn, jedoch kann man hier nicht weiter darauf eingehen. Von allgemeinem Interesse und auch in einem Gewerkschaftskampf überzeugend sind jedoch einige Aussagen, die Dr. Wenz seiner Erfahrungen zufügt und in einem Saalgespräch erläutert. Er schreibt: „... eigentlich kann man jetzt, daß die Menschen in jüngster Zeit so leicht gereizt sind, den Zorn als den höheren Geiste zu betrachten und die möglichen besonderten Vorteile aus seinem Scheiter zu betrachten. Und wenn man dann, wie ich glaube, hat, die katholischen Länder, was diesen war in lange durch eine alte Schwäche getrieben war, jetzt eigenen Augen zu sehen, je ist man fast überzeugt von der allgemeinen Verlustkunst, daß es darüber ist nicht bei uns, und doch auch dort wieder, wie früher, allgemeinwirtschaftliche Interessen und Interessen eines Landes tragen. Sie kann dann langsam, auch im Kriege, das Merkmal gegenüber dem Nationalstaat wieder in den Vordergrund. Man sieht nur der unmittelbaren Reichsherrschaft, das es auf den Kriegsfeldern wie wir, die den Krieg für ein unzureichendes Werk hielten, unter deutscher Führung glänzer und leidet, das ist aber, wie wir, ein Nationalstaat immer noch bis zur letzten Stunde. Sie kann ihre Freuden wie wir, weil für die katholische Kirche mit ihrem Leben gegen den

bösen und gewalttätigen“ Feind verteidigen, „sie ehren sie wie wir für ihre Wunden und Entbehrungen; ihre Mütter und ihre Frauen loben wie bei uns um den Verlust des Sohnes oder des Geliebten, — und doch erhebt sich nirgends eine starke Hand, um alle diese entsetzlichen Leiden unnötig oder doch aufzuheben zu machen, denn ihnen allen erscheint, unter dem Eindruck einer geheimnisvollen Gewalt, der Krieg jetzt, wie auch uns, als unvermeidlich und unabänderlich.“

Und so tritt durch die Reisen im feindlichen Lande die Tragik des Krieges noch stärker hervor. Denn daß er entsetzlich ist, das wissen und erleben wir alle. Aber seine ganze Tragik erlangt dies Entsehen erst durch die Einsicht, daß es sich in der Volksseele überall nicht als Schuld, sondern als Schicksal darstellt. Auch hier werden ja die Menschen nicht durch die Dinge, sondern durch ihre Meinungen über die Dinge bewegt. Auf meinen Reisen, auf denen ich, wie erwähnt, auch viel mit einfachen Leuten in Berührung gekommen bin, habe ich mich davon überzeugen können, daß im Volksbewußtsein nicht als der Gedanke lebt, den Krieg gewollt zu haben. Im Gegenteil wird überall die „Schuld“ am Kriege dem Feinde zugeschrieben.

Aber der Krieg ist da, und ein weiteres Ergebnis dieser Reise ist mir dies, daß sich vorläufig noch immer keine andre Aussicht zeigt, als die auf den Erfolg zu hoffen. Im feindlichen Ausland und bei uns sind manche Friedensstimmer laut geworden, aber sie sind wirkungslos verblieben. Der Kanzler hat zu Beginn des Krieges im Reichstag erklärt, daß wir uns nicht mit den Überfangsplänen tragen, die uns die Feinde zuschreiben, daß wir nur einen Verteidigungskrieg führen und uns der Feinde erwehren wollen. Es liegt daher in der Natur der Sache, daß der Kanzler jetzt, wo dies und mehr als dies erreicht ist, erklären konnte, wie sie bereit, vernünftige Friedensverträge zu erwägen. Doch mögen wir die Hand zuerst nicht ziehen, weil der Erfolg so offenbar auf unserer Seite liegt. Wer die Stimmung im feindlichen Ausland kennt, weiß, daß man dort denselben Standpunkt einnimmt, aber aus dem entgegengesetzten Grunde. Dort zeigt sich keine Neigung, den ersten Schritt zu tun, gerade weil man weiß, daß man sich im Verlust befindet und nichts von Bedingungen wünschen will, die auf dieser militärischen Lage beruhen. Da die bisher unversöhnlichen Gegenseite der Auffassung einen Ausgleich finden, zeigt die Zukunft nichts als Krieg. Denn umre Feinde sind Menschen wie wir und werden, ehe sie sich als besiegt betonen, kaum eben, wie wir es tun würden, wenn wir in ihrer Lage wären, nämlich bis zur Erfüllung. Und so günstig auch die Lage der Mittelmächte ist, wäre es doch töricht, sich darüber zu täuschen, daß die Koalition, die uns gegenübersteht, von der völligen Erfüllung noch weit entfernt ist.“

Dr. Wenz schließt seine sehr zum Nachdenken anregenden Betrachtungen mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß „das grausame und beißende Schlagen dieser Zeit“ wenigstens die eine erfreuliche Folge haben wird, daß die Völker ihre Bestrebungen, einen neuen Krieg zu verhindern, verdoppeln und endlich den Weg finden werden, auf dem sich die höchsten Güter der Nation besser schützen lassen als mit den Waffen in der Hand, nämlich indem man eines der höchsten Güter der Menschheit vorliebig pflegt und erhält — den Frieden. Klar ist darin recht behalten!

In einem „Die Wirtschaftspolitik der Arbeiterschaft“ überzeichneten Ausloß behandelt der sozialistische Wirtschaftspolitiker Julius Kästner unter anderem auch die Frage, wie sich nach diesem Kriege die europäischen Staaten wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch zueinander stellen werden. Er geht dabei von der unsres Staates nicht unerreichbaren Hoffnung aus, daß England mit seinen Kolonien ein zukunftsabhängiges Wirtschaftsgebilde darstellt, dem das festländische Europa ein gleichwertiges Gebilde gegenüberstellen mög. Dazu schreibt er dann:

„In der Tat werden die festländischen Staaten jedenfalls durch keine unangreifbaren Gegenseite voneinander getrennt. Der militärische Wirtschaftsbund mit Deutschland und Österreich als Kern wird daher mehr und mehr nicht nur als Notwendigkeit erkannt, sondern als wahrscheinliche Folge des Krieges angesehen. Das glänzend bewährte militärische Bündnis der Zentralmächte in der Türkei wird seine Fortsetzung auf wirtschaftlichem Gebiet erfahren, der Orient wird in unsre direkte Nachbarschaft, die günstigsten Ausichten für eine kräftige Erfüllung Vertracens bei engem handelspolitischem Anschluß und gegeben.“

Die Zentralmächte werden die Nachbarländer im Rahmen ihres wahlbestimmten Interesses sich nach und nach in mehr oder weniger fester oder loser Form anschließen. Frankreich, das kein eigenständiges Schutzmacht ist und in seinen Hauptindustrien nicht als Konkurrent Deutschlands, sondern

als dessen Ergänzung auftritt, würde bei seiner kulturell-technischen Begehung durch seinen handelspolitischen Anschluß an Deutschland nur gewinnen können, da es dadurch die ihm fehlende organisatorische und ökonomische Bewertungsmöglichkeit seiner Kräfte erlangen könnte. Gudem unberechneten Verbraucher des Wirtschaftsraums es als selbstverständlich erachten, daß Deutschland und Rußland wirtschaftlich nicht in trennschärfender Angewiesenheit sind, weniger in dem Sinn, daß ein wirtschaftlicher Kriegszweck zwischen ihnen eine gewisse Erfüllung der Interessen beider Völker bedeuten würde. Dazu ist natürlich einige gezeigt sein, daß eine wirtschaftliche Verbindung mit Russland nur am die Aushebung der Zölle in sich befristeten mög. Die im Interesse der deutschen Handelswirtschaft zu erzielende nötige Zölle müdet auf die Dauer längst nicht, da sie die Bedeutung des an sich gewissenartigen Interesses für die russische Landwirtschaft höher, deshalb die Zoll- und Importzölle radikal herabzusetzen und den landwirtschaftlichen Vertrieb auf eine Stütze der Fleischhalt führen würden, die die Gefahr der Hungersnot und der Verelendung der russischen Bevölkerung begleitet. Gerade in den Reihen der Arbeiterschaft sollte der Gedanke nicht gemacht werden, daß jüngste Deutschland und Russland unerlässliche Gegenseite bestehen, die eine konkrete Freundschaft beider Völker nach sich ziehen wür-

deutschen Landwirtschaft“ nötig sind, nicht ausgeglichen wird durch die alte Erfahrung, daß sie im Interesse der deutschen Arbeiterschaft höchst schädlich sind, obwohl auch das eine sehr nachdrückliche Beiratung und ein nicht eben schärfender Beitrag zum Kapitel vom Umlernen wäre. Hier haben wir die Säze Kästners vielmehr nur wiedergegeben, um daran die nachdrückliche Frage zu knüpfen, wie es denn nun eigentlich kommt, daß wir mit Frankreich, das nach Kästner nur durch unsere Freundschaft gewinnen kann, und mit Russland, mit dem wir, immer nach Kästner, wirtschaftlich eigentlich auf Gedecht und Verderb verbunden sind, daß wir also mit diesen beiden unser natürlichen Verbündeten nun schon seit 17 Monaten im Kriege stehen und noch immer zu keinem Frieden kommen können. Das ist doch sonderbar, sehr sonderbar! Vielleicht prüft Kästner einmal nach, ob der Gedanke seiner wirtschaftspolitischen Bündnistheorie nicht irgendwo einen Knoten hat, an dem wir dieses bedauerliche Fatum aufknüpfen können.

## aus der Industrie

### Verband deutscher Druckpapierfabriken.

Im Jahre 1900 wurde das Druckpapier Syndikat (Verband deutscher Druckpapierfabriken) in Berlin gegründet. Als Zweck der Gründung wurde angegeben: Erzielung angemessener Preise durch die Anpassung der Produktion an den Bedarf, Papierexport auf gemeinsame Rechnung, Errichtung von Abwehrmaßnahmen gegen den ausländischen Wettbewerb, Beseitigung eingerissener Missstände im Handel mit Druckpapier. Um dieses Ziel zu erreichen, gliedert sich die innere Organisation in drei Hauptzweige, und zwar in eine Produktionskontingenzierung, eine Preisvereinbarung und eine Betriebsstaffelierung. Die kartellierten Unternehmer verfügten durch Einschränkung der Produktion höhere Papierpreise zu erzielen und ebenfalls durch Kampfpreise die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Das Syndikat hat, wie fast jede neuzeitliche wirtschaftliche Bewegung, seine Vorgänger. Bereits im Jahre 1889 kam unter der Führung jüdischer Druckpapierfabrikanten eine Preiskonvention zu stande, doch schon 1890 brach dieselbe wieder zusammen, weil einige Fabrikanten sich durch ihre Gebundenheit ans die Syndikatspreise benachteiligt fühlten. Die Folgen der Auflösung der Konvention machten sich dadurch bemerkbar, daß die Preise innerhalb zweier Jahre um 5 Mt. für 100 Kilo sanken. Bis zum Jahre 1897 war ein weiterer erheblicher Preisrückgang eingetreten, weshalb verschiedene schwedische, schlesische und süddeutsche Druckpapierfabrikanten erneut an die Freiheit der Errichtung eines Syndikats herantraten. Die Ausführung des Planes scheiterte an dem Widerstand mehrerer namhafter Druckpapierfabrikanten Sachiens und Süddesslands.

Anfang 1900 machten sich erneut Befreiungen gelöst, ein Syndikat zu gründen, zumal auch die Firmen, die in den Vorigen Jahren einer Gründung skeptisch gegenüberstanden, nunmehr einer solchen zustimmten. Zeitungsverleger und Papiergroßhändler fürchteten die Gründung des Syndikats und suchten noch so viel wie möglich zu billigen Preisen sich mit Verrat einzudecken. Die dadurch künftig erhöhte Nachfrage nach Druckpapier brachte gewaltige Preissteigerungen bis zu 8 Mt. für 100 Kilo mit sich. Unter solchen Verhältnissen ist es begreiflich, daß die Zahl der Fabrikanten beständig wuchs, die mit Hilfe eines Syndikats die Preise zu erhalten, eventuell noch zu erhöhen hofften. Diese Situation ausnützend, wurde im Jahre 1900 der Grundstein zu dem heute noch bestehenden Druckpapier Syndikat gelegt. Das Syndikat wurde in Form einer G. m. b. H. gegründet, wobei es jedem Gesellschafter freisteht, von fünf zu fünf Jahren seinen Austritt aus der Gesellschaft zu erklären. Das Syndikat schreibt seinen Gesellschaftern das jährliche Quantum Druckpapier vor, das vom Syndikat für den Inlandsverkauf abgenommen wird. Außerdem steht dem Gesellschafter das Recht zu, seine Wachproduktion durch das Syndikat in das Ausland zu verkaufen und auch zur Produktion anderer Papierarten mit überzugehen. Der Gesellschafter hat für jeden Doppelzentner Druckpapier, den er nicht unter Kontrolle des Syndikats verkauft, eine Konventionalstrafe zu zahlen und kann auch für sonstige Übertretungen der Syndikatsbestimmungen in Strafen bis zu 10 000 Mt. genommen werden.

Wiederholt haben sich Papierfabrikanten und Zeitungsverleger wegen der Preispolitik des Syndikats in den Haaren gelegen, wiederholt hat es auch schon innerhalb des Syndikats bedenklich gekriegt, doch ist es immer wieder gelungen, die feindlichen Brüder zum Friede zuführen zu bewegen.

Die Druckpapierfabrikanten haben durch ihr Syndikat die Rentabilität ihrer Betriebe wesentlich gehoben; das beweisen die Steigerungen und Dividenden dieser Unternehmungen vor dem Weltkrieg. Keiner der vielen Gruppen innerhalb der Papierfabrikation, ausgenommen die Zellstoffindustrie, hat ihre Bruttoumsätze so zu halten gewußt wie die Druckpapierindustrie.

Leider ist der Reinerttag dieser Werke zum Teil auch auf Kosten der Arbeiterschaft erzielt worden. Die kommerziellen Vorteile verschiedener Druckpapierfabrikanten, die ihren Besitzern glänzende Gewinne abwerben, sind unter den Papierarbeitern sprichwörtlich geworden. Für die Papierarbeiter ist das Druckpapier syndikat also kein Gewinn; sie sind im Gegenteil ständig der Gefahr ausgesetzt, durch Produktionsbeschränkungen arbeitslos oder doch in ihren Einkommensverhältnissen wesentlich geschädigt zu werden. Hatten doch die Papierarbeiter erst im Oktober 1913 durch einen derartigen Beschluß der Druckpapierfabrikanten empfindlich zu leiden. Und doch können die Papierarbeiter von dem Druckpapier syndikat und seinen Anhängern manches lernen. Durch die Unternehmerpreise geht jetzt die Nachricht, daß der Verband deutscher Druckpapierfabrikanten auf seiner Hauptversammlung am 11. Dezember 1915 in Berlin eine Verlängerung des Syndikats bis zum 31. Dezember 1919 beschlossen hat. In dieser Treue der Unternehmer zu ihrer Komplexorganisation für günstige Existenzbedingungen auch während der Kriegszeit können sich die Papierarbeiter ein Beispiel nehmen. Diese Organisationstreue der Unternehmer sollte für die Papierarbeiter ein Vorbild sein, nun auch ihrer Komplexorganisation, dem Fabrikarbeiterverband, die Treue während des Krieges zu bewahren, mit Lust und Liebe an die Gewinnung der noch fernliegenden Arbeitsergebnissen und -genossen heranzutragen und so die Basis für die Wirtschaftslösung, die nach Beendigung des Krieges nicht lange auf sich warten lassen darf, zu schaffen. St.

Wir wollen in dieser Zusammenhang nicht untersuchen, ob die neue Entwicklung, daß die Lebensmittel-Markt im Interesse der

### 30 Prozent Lohnerschöpfung.

Je länger der Weltkrieg noch dauert, desto mehr ist mit weiteren Steigerungen der Lebensmittelpreise sowie der Preise für Industrie-Produkte und Fertigabfertigteile, für landwirtschaftliche Produkte, kurz gesagt, für alle von Menschen hergestellte Werte zu rechnen. Leidungen sind noch stets die traurigen Begleitererscheinungen des Krieges gewesen. Solange dieselben in den natürlichen Verhältnissen, die durch den Kriegszustand herverbracht wurden, wurzeln, läßt sich dagegen nichts tun. Anders liegt die Sache dann, wenn gewissenlose Elemente aus egoistischen Interessen künstliche Preissteigerungen herbeiführen und sich so auf Kosten breiter Volksmassen ungerechtfertigtweise bereichern. Beider ist, während dieses Krieges in der Bevölkerung der Mitmenschen Stöhns geleistet worden. Profit geht vor Recht. Dieser Grundfaß ist auch zur Kriegszeit nicht schwanden geworden. Es ist deshalb begreiflich, daß alle erwerbstätigen Personen durch Erzielung möglichst hoher Preise für ihre Ware einen Ausgleich für die allgemeine Leidung suchen, dabei allerdings oftmals selbst wieder preisbrechen werden.

Innerhalb der Papierindustrie hat eine Gruppe mit besonderem Geschick verstanden, ihre wirtschaftliche Lage während der Kriegszeit zu leben. Bereits im Februar 1915 forderte diese Gruppe 10 Prozent Erhöhung ihres Einkommens; die zweiten 10 Prozent erhielt sie im Juni 1915 bewilligt. Schon wieder haben sie eine neue Forderung von 10 Prozent eingereicht, deren Erfüllung auf den 1. Januar 1916 festgelegt ist. Auch diese Forderung wird ohne allzu großen Widerpruch in Erfüllung gehen. Damit haben diese Glücksfälle in elf Monaten eine Lohnerschöpfung von zusammen 30 Prozent durchgeführt. Leider ist es keine Gruppe der Arbeiter, sondern der Unternehmer, nämlich die — Normalpapierefabrikanten.

### Unfälle in der Papierindustrie.

In der Papierfabrik zu Biesenhausen verunglückte der Arbeiter W. Kaufmann dadurch, daß er dem Schwungrad der Dampfmaschine zu nahe kam. Der Verunglückte starb tags darauf.

In einer Papierfabrik in Obera. H. wollte der Arbeiter Louis Rohr einen Kreuzriemen austauschen. Dabei wurde sein Beug erfaßt und er von der Transmission mitgerissen. Der Verunglückte erlag bald seinen schweren Verletzungen.

In einer Kartonpapierfabrik in Nürnberg wurde der Arbeiter Franz Hofmann von der Transmission erfaßt und 3 Meter hoch geschleudert. Dabei erlitt er schwere innere Verletzungen, die seinen Tod herbeiführten.

### Preisvereinigung in der Schallplatten-Industrie.

Die Konvention der Schallplattenfabrikanten, die den Zweck hatte, die Einnahmen und Verkaufsbedingungen und die Grundlage für den Plattenumtausch zu regeln, wurde am 1. Juli des Vorjahrs aufgelöst, weil sich unter den Mitgliedern Unstimmigkeiten ergeben hatten. Im Herbst wurde jedoch schon eine neue Konvention gebildet. Dieser traten von größeren Firmen bei: die C. Lindström-A.-G., die Deutsche Grammophon-A.-G., die International-Zonophon-Co., die Beka-Melord, die Odeon-A.-G., die Polyphonwerke, die Favorite- und Melord-A.-G., die Dacago-Melord-Co., die Unter-Phonogramm-, die Homophon-Co. und die Kalliope-A.-G. Nach Zeitungsmeldungen sind die Ladenpreise von der Konvention wesentlich erhöht worden. Die Platte von 30 Centimeter Durchmesser soll 3,50, die von 25 Centimeter Durchmesser 2,20 Pf. kosten. Der Konsument abgespielter Platten soll ganz wegfallen; für solche Platten soll nur ein Bruchteil des Kaufpreises als Rückvergütung gezahlt werden.

Die Konvention schafft auch ein Gegenleistungserhältnis zwischen Fabrikanten und Händlern. Die Fabrikanten liefern ihre Erzeugnisse nur an solche Händler, die ausschließlich von Konventionssämlern beziehen. Damit soll verhindert werden, daß auch solche Händler Konventionssware erhalten, die von Außenherstellern Platten billiger erhalten und verkaufen. Da fast alle leistungsfähigen Firmen der Konvention angehören, wird es leicht sein, die Preise zu halten. Nur schade, daß die Arbeiter der Schallplattenindustrie noch nicht ebenso einig sind wie ihre Unternehmer.

### Unfälle in der Salpeterläuferfabrik der Höchster Farbwerke.

Aus den Höchster Farbwerken werden uns mehrere schwere Unfälle berichtet. Am 12. Dezember fiel der Arbeiter Vogt aus einem Stock in eine mit glühendheißen Bleiulfat gefüllte Pfanne und verbrannte sich dabei so schwer, daß er am 1. Januar seinem Berlehrungen erlag. Die Schuld am Unglück hat nach den uns gewordenen Schilderungen angeblich die Betriebsleitung. Leider die Pfanne wird nach ihrer Füllung ein Gitterdach gelegt, über welchen die Arbeiter, um weiter tätig sein zu können, hinweglaufen müssen. Schon wochenlang war der Betriebsleitung gemeldet worden, daß der Deckel solle kein Unglück geschehen, unbedingt repariert werden müsse. Leider wurde der Rat erst befragt, als das Unglück bereits geschehen war.

Am 22. Dezember verbrannten sich in demselben Raum wiederum zwei Arbeiter mit 48er Salpeterzäure. Beim Ablassen der gefüllten Flaschen geriet ein Koch, die Flasche zerbrach, und ihr Inhalt ergoß sich über die Arbeiter, einen davon mußte man ins Krankenhaus schaffen.

Auch hier ist Rang an Ansicht über die Zustandsaufnahme der Firma daran schuld, daß das Unglück passieren konnte. Schon eher wurde gefordert, daß die schlechten Fäden ausgetauscht werden sollten. Auch ist das Ablassen der Flasche mit besseren Hilfsmitteln unbedingt geboten.

In allen Betrieben der Salpeterzäure, hier sowohl als auch in der Fabrik Elektro-Griesheim, machen sich die Unglücks- und Katastrophenfälle ungemein. Die Last in der Arbeit durch die Antizidien, überlange Arbeitszeit bei Tag und Nacht und an Sonn- und Feiertagen, Belästigung auf die unzureichenden Reparaturen usw. lassen keine Ruhezeit kommen, auch mal die Interessen der Arbeiterschaft zu beachten. Nach unserer Ansicht ist es angebracht der Opfer des Krieges erforderlich, gerade bei der Arbeit als Unglücksfälle jenseit als möglich zu verhindern.

### Kriegsgefangene als Arbeiter.

Die "Kommunistische Zeitung", das Organ des kommunistischen Verbandes der Arbeiter in der Kreislichen Industrie, brachte kürzlich eine Notiz über die Arbeitseinspannen der Kriegsgefangenen in einem Steinbruch. Die Angaben betreffen auf Verhöhnung eines Arbeiters, der mit den Gefangen zusammen im Bruch arbeitete. Es heißt darüber: "In dem betroffenen Steinbruch sind 11 Kriegsgefangene beschäftigt. Diese haben in 14 Tagen ziemlich 75 Tagesarbeiten geleistet und dabei fünf Wagen Schotter, 14 Wagen Kreosot und 129 Wagen Schutt geheftet. Würden sie für ihre Arbeit die Ablösefeste der ehemaligen Arbeiter erhalten, so hätten sie insgesamt 61 20 Pf. oder 83,- Pfennig die Sicht verdient. Was der Steinbruchbesitzer für die Gefangenen bezahlt, wissen wir nicht genau. Nach den im Dezember 1915 vom Reichsrat des Innern und dem preußischen Kriegsministerium aufgestellten Grundlagen muß der Arbeitgeber für jeden ungeliebten Arbeitnehmer des militärischen Dienstes bezahlen. Der Beitrag für die betreffende Gegend mindestens 3 Pf. Diese kommen nach alten Angaben für Beweidung und Versorgung." Wenn die Bedürfnisse des Arbeiters stimmen, so sind die Kriegsgefangenen dem Arbeitgeber allerdings sehr teuer gekommen. Es wird allerdings nicht gesagt, ob die betroffenen Kriegsgefangenen für die schwere Arbeit im Steinbruch geeignet waren, und ob sie schon längere Zeit dort gearbeitet hatten oder erst eingestrichen werden müssen. Jedenfalls zeigt die recht interessante Bedeutung des Arbeiters, daß die Kriegsgefangenen in diesem Falle weniger nicht als Arbeitgeber betracht werden können. Sie führen die Erfahrungen mit der Erfahrung vor Kriegsgefangenen mancher Unternehmer zu einer Verstärkung des deutschen Arbeiters.

### Ausländische Arbeiterbewegung.

Die belgischen Gewerkschaften während des Krieges.

In Nr. 23 der "Arbeitsbewegung" der holländischen Gewerkschaftsbewegung veröffentlichte Genosse Mertens, der Sekretär der belgischen Gewerkschaftskommission, einen längeren Artikel über die Lage und die Tätigkeit der belgischen Gewerkschaften während des Krieges. Einleitend erinnert er an die Fortschritte, die die Bewegung in den letzten Jahren gemacht hatte. Die Mitgliederzahl der angegeschlossenen Verbände betrug 1911 insgesamt 77 224; 1912 116 052 und 1913 (Generalstreiks) 132 000, welche Zahl nach dem Streik infolge der Industriestreiks auf 127 420 zurückging. Zwar habe die Mitgliederzahl auch in der ersten Hälfte 1914 noch einen kleinen Anstieg gezeigt, aber es wären alle Zeichen dafür vorhanden gewesen, daß dieser nicht anhalten werde.

Nach Ausbruch des Krieges, am 4. August, lamen die Vertreter der angegeschlossenen Verbände zusammen, und man war einstimmig der Ansicht, daß die Gewerkschaften außerstande seien würden, angesichts der eingetretenen und noch zu erwartenden Arbeitslosigkeit die statutarischen Leistungen aufrechtzuerhalten. Da viele Verbände aber noch keine genauere Übersicht über die Lage hatten, wurde für den 7. August eine neue Zusammenkunft anberaumt, aber den Hauptverbänden anheimgegeben, einzuholen die Statuten, soweit sie Beitragsleistung und Unterstützung betreffen, außer Kraft zu setzen. In der neuen Sitzung, wo wegen der inzwischen erschwertem Betriebsmöglichkeiten einige Verbände nicht mehr vertreten sein konnten, einigte man sich auf die vorläufige Beibehaltung der empfohlenen Maßnahme, hoffend, daß man in einzigen Wochen zur teilweisen Durchführung der Unterstützungsbestimmungen wende übergehen könne. Mit der am 20. August erfolgten Befreiung Brüssels waren die Gewerkschaftszentrale und die meisten Hauptverbände ihrer Verbindungen mit den Mitgliedern im Lande beraubt. Die weitere Entwicklung des Kriegszustandes habe das Thürige dazu beigetragen, das Vereinsleben zu töten. Mertens berichtet dann, wie die Gewerkschaften, besonders in den großen Städten, sich um das öffentliche Unterstützungsprojekt mit bemüht haben und daß viele Gemeinden in dieser Hinsicht gar nichts getan hätten.

Erst im Dezember 1914 sei es möglich geworden, eine neue Versammlung der Verbandsvertreter abzuhalten, wo die Aufnahme einer Statistik über den Stand der Arbeitslosigkeit, ausgezahlte Unterstützungen, Mitgliederzahl usw. beschlossen wurde. Die Umstände (Fest und Weise schwierigkeiten, Einsparung vieler Vertraulichkeiten, Sichtlich des Bevölkerung) machten jedoch die Ausführung unmöglich. Da die meisten Gemeinden mit jener Zeit noch nichts getan, die Kräfte anderer halfen erschöpft kein mutzen, taten die Gewerkschaftsleiter Schritte, um in Verbindung mit dem Nationalen Hilfskomitee die Unterstützungsfrage auf breiter Grundlage zu regeln. Es kam zur Gründung eines allgemeinen Arbeitslosenfonds mit der Maßgabe, daß die Auszahlung der Unterstützungen an die gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen durch die Gewerkschaften erfolgen sollte. Die probinziellen Vertreter des eben genannten Komitees haben jedoch nachträglich durchdrücken verstanden, daß die definitive Entscheidung darüber den Provinzialkomitees vorbehalten blieb. Und da, so berichtet Mertens weiter, von den 10 Provinzialkomitees damals die Arbeiter nur in dem für Brüssel und Umgebung eine Vertretung hatten, so hätte es nicht verwundern, daß der Beschluss nur in Brüssel zur Ausführung kam.

Nach Überwindung des Widerstandes vieler Gemeindeverordnungen konnte endlich im April dieses Jahres der Arbeitslosenunterstützungsfonds in Wirkung treten. Geacht werden wöchentlich an männliche und weibliche Arbeitslose über 16 Jahre 3 Franc. An Haushalten 1,50 Franc und für jedes Kind unter 16 Jahren 50 Centimes. Für jeden Franc, den jemand durch teilweise Beschäftigung wöchentlich über jenseits Franc verdient, werden 50 Centimes weniger an Unterstützung gezahlt. Bei einem Verdienst von 15 Franc fällt die Unterstüzung fort.

Kein Zehntel der Ausgaben hat das Nationalkomitee übernommen, während die Gemeinden das restierende Zehntel zu tragen haben. So das Reglement ist eine Bestimmung angenommen worden, daß in den Provinz-, Bezirks- und Ortskomitees Vertreter von den drei verschiedenen politischen Parteien Sitz und Stimme haben müssen. Soweit möglich, wurden die führenden Leute im Lande informiert und von der Notwendigkeit der Wahrnehmung dieser Rechte und der praktischen Mitarbeit überzeugt. Das Mitarbeiter sei nicht immer leicht gewesen, da die Komitees — überall von Bürgerlichen unter dem Vorwand der Liebfähigkeit errichtet — unter dem Schilde des Friedensdienstes nach ihrer Weise zu verfahren bestrebt gewesen waren.

Hinsichtlich des Versammlungsvertrags, dessen Ausübung der Generalgouverneur den Gewerkschaften gestattet hat, berichtet Mertens sich jedoch, daß die örtlichen militärischen Autoritäten vielfach entgegengesetzter Ansicht seien. Dadurch wurde die Aufrichterhaltung oder Wiederherstellung der Verbindungen noch mehr erschwert, als dies schon durch die anderen Umstände geschah. Von der übrigen gewerkschaftlichen Tätigkeit in den Regionen des Landes sind nach Mertens bessere, teils sogar erfreuliche Nachrichten zu erhalten. So wird von Güting und Bergen berichtet, daß dort die Grundlage zu einer Verständigung zwischen den sozialistischen und den unabhängigen (anderen) Gewerkschaften geschaffen worden sei. Auch über das Daniederlegen des Wirtschaftsfests, wofür er zum Teil auch die deutschen Behörden verantwortlich macht, führt Mertens lebhaft Klage. Er schließt keinen Artikel mit der Bemerkung, daß es nach dem Frieden einen harten Kampf kosten werde. Der Organisationsgeist sei jedoch noch stark unter der Arbeitslosigkeit, so daß es mit der belgischen Gewerkschaftsberatung trotzdem wieder vorwärts gehen werde.

### Ein Prozeß gegen 50 Gewerkschafter.

Ein Riesiprozeß gegen 50 Gewerkschafter wird in Chicago vorbereitet. Sie sollen während des letzten großen Kampfes in den Bauarbeiten die versiegelten Gewaltsäcke, Erpressungen usw. begegnet haben. Die Anklage behauptet, daß die Gewerkschafter besondere Banden organisierten und bezahlten, um die Arbeitslosen und Unternehmer zu terrorisieren. Durch diese Banden seien zum Beispiel 1913 Ladenbesitzer im Wert von über 100 000 Pf. 1914 für über 150 000 Pf. zerstört worden. Gewerkschaftsbeamte hätten während des Kampfes aber eine Million Mark von den Unternehmern erlangt und für sich verwendet. Die Angeklagten befremden entschieden die Wahrheit der Vorwürfe, daß die von den Unternehmern beauftragten Streikbrecher ein wahres Schreckenregiment hätten, und daß zahlreiche Verbrechen auf deren Konten kommen. An den zerstörten Geschäften hätten die Gewerkschafter das meiste Interesse, und der Umstand, daß auch den ihnen mehrere verbündet waren, lohne den Schluß zu, daß die Gewerkschafter auch an diesen Schäden unabschuldbar seien. Es muß heraus beweist werden, daß in Amerika große wirtschaftliche Kämpfe stets mit großer Gewalt und unter Auswendung aller amerikanischer Methoden ausgetragen werden. Zahlreiche Tote und Verwundete sind dabei keine Seltsamkeit, und eine Rassenunterscheidung von Arbeitern kennt manchmal den Sieg der brutalen Gewalt des Kapitals.

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

Eine Konferenz der Reichsleitung der Eisenbahner.

Unter dem Vorsitz des Sektionsleiters Brunner tagte am 2. Januar in Berliner Gewerkschaftshäuser eine Konferenz der Vertreter der Reichsgesellschaften der im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Eisenbahner. Wichtigster Gegenstand der Beratung war die Frage des Rechtsstaatsrechts. Nach einem Bericht des Verbandsvorstandes Sauermaier und eingehender Diskussion führte die Konferenz folgende Entschließung:

"Die am 2. Januar 1916 in Berlin tagende Konferenz der Vertreter der Reichsgesellschaften der im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Eisenbahner hält nach wie vor an der gesetzgebenden Förderung der unbedingten Sicherung der Ausübung aller Gewerkschaftsrechte für die in deutschen Verkehrsanstalten (Eisenbahn, Post, Telegrafen) beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten fest.

Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Aushebung der gegen das Rechtsstaats- und Verfassungsmaßnahmen der Eisenbahndirektion und Beamteneigentum bestehenden Differenzen ohne Gefährdung des Betriebszweckes ihre Erledigung sinbar hält.

Eisenbahnbetrieben aus schließenden Verbote eine Möglichkeit, die Interessenvertretung der Arbeiter und Bediensteten so zu gestalten, daß etwa entstehende Differenzen ohne Gefährdung des Betriebszweckes ihre Erledigung sinbar hält.

Die Konferenz lehnt die auf Schaffung eines besondern Staatsarbeitervertrags gerichteten Bestrebungen ab. Sie ist der Ansicht, daß die gesetzliche Regelung der Arbeits- und Dienstverhältnisse der in staatlichen Verkehrsanstalten Beschäftigten im Rahmen eines allgemeinen deutschen Arbeiterrechtes zu erfolgen hat."

Die Konferenz nahm weiterhin Stellung zum Verhalten der Sektion der Eisenbahner des Transportarbeiterverbandes gegenüber anderen Organisationen und trat dann in vorbereitende Größenberatungen der nach dem Kriege zu schaffenden Organisationseinrichtungen. Sie nahm mit Besiedlung Kenntnis von dem Beschluss des Verbandsvorstandes, wonach vom 8. Januar an der "Wehr" wieder erscheinen soll, und erledigte einige interne Angelegenheiten der Sektion.

Die Verhandlungen nahmen durchweg einen allseitig befriedigenden Verlauf und werden nicht ohne beachtende Wirkung auf die weitere Entwicklung der Organisation sein.

### Unser Verband in der 73. und 74. Kriegswoche.

Für die 73. Kriegswoche, die den Zeitraum vom 20. bis zum 26. Dezember umfaßt, haben nur 293 Bahnhöfen rechtzeitig ihren Wochenericht eingefüllt. Diese hatten zusammen bei Kriegsausbruch 171 830, am Schlusse der Berichtswoche nur noch 75 651 Mitglieder. Von den fehlenden 96 179 waren 74 724 zum Kriegsdienst eingezogen, so daß ein tatsächlicher Verlust von 21 455 Mitgliedern, gleich etwa 10 vom Hundert, verbleibt.

Die Arbeitslosigkeit ist wiederum etwas gesunken. In den berichtenden Bahnhöfen waren 307 männliche und 558 weibliche, zusammen 865, gleich 0,9 vom Hundert aller Mitglieder, arbeitslos. Erwerbsunfähig waren 1 831 21, 33 700 3,9 vom Hundert aller Mitglieder, arbeitslos. Erwerbsunfähig waren 1036 männliche und 284 weibliche, zusammen 1320 Mitglieder. An Arbeitslose wurden in der Berichtswoche in den berichtenden Bahnhöfen 2278, an Kreuze 9203 Mark Unterstützung ausgeschüttet.

Für die 74. Kriegswoche, die gleichzeitig die Jahreszahl 1916 ist, war die Berichterstattung wesentlich besser. Es berichteten nämlich 341 Bahnhöfen, also 48 mehr als in der Vorwoche. Über die Gestaltung der Mitgliederbewegung in diesen Bahnhöfen unterliegt folgende Gegenüberstellung:

	männliche	weibliche	zusammen
Mitglieder am 1. August 1914	159 421	23 700	183 121
Mitglieder am 1. Januar 1916	61 046	17 979	79 025
Au 1. Januar 1916 weniger	98 375	5 721	103 096
Davon waren zum Kriegsdienst eingezogen	80 876	—	80 876
Blieb Verlust	17 499	5 721	23 220

Es ist bemerkenswert, daß bei den männlichen Mitgliedern schon seit Monaten keine Steigerung der Verluste mehr eingetreten ist. Mitte Oktober waren es fast genau 11 vom Hundert, am Jahresende eher etwas weniger als mehr.

Bei den weiblichen Mitgliedern hingegen ist eine weitere Steigerung eingetreten. Mitte Oktober betrug der Verlust 22, Ende des Jahres dagegen reichlich 24 vom Hundert. Im allgemeinen ist eine erfreuliche Entwicklung des Mitgliedersatzes zu verzeichnen. Die Zahl der Ausritte ist ebenfalls geringer als in Friedenszeiten; wäre nicht die Agitation so erischwert und das Agitationssgebiet infolge der Einziehungen zum Kriegsdienst so gelichtet, würden wir über ganz außerordentliche Fortschritte des Verbandes berichten können. So müssen wir uns genug sein lassen an der Freude darüber, daß wir den Mitgliedersatz so gut halten. Leider sind von den eingezogenen Kollegen schon annähernd 6000 als gefallen gemeldet; darunter ist mancher bewährte, eifrige Vorwärtsler für unsre Sache.

Die Arbeitslosigkeit steigt seit einigen Wochen. Nicht in bedenklicher, aber doch in unerfreulicher Weise. Am Jahresende waren fast doppelt so viele Arbeitslose im Verbande vorhanden wie Ende November. In den berichtenden Bahnhöfen waren 355 männliche und 601 weibliche, zusammen 956 Mitglieder. Das sind 0,6 vom

